

Erzähler vom Westerwald

Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der wöchentlichen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Hauptstadt für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 291

Bezugspreis: vierteljährlich 2.70 M.,
monatlich 90 Pf. mit Bringerlohn; durch die
Post 2.55 M. bezogen 85 Pf. ohne Bestellgeld.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Samstag den 14. Dezember 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechszeilige Zeile ober deren
Raum 20 Pf., die Restzeile 10 Pf.

11. Jahrg.

Ein Aufruf an das deutsche Volk.

Die Reichsregierung und Lösungsbestrebungen.
Berlin, 11. Dezember.

In einem Aufruf an das deutsche Volk wenden sich die Volksbeauftragten der Reichsregierung gegen die Lösungsbestrebungen im Westen und sagen darin u. a.:
Auch entschiedenste aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung ein gegen Bestrebungen, wie sie in Köln zutage getreten sind. Die Einseitigkeit des Reichs wird nicht „gewahrt“, sondern gefährdet durch die völlig grund- und beweislosen Behauptungen, es bestünde die „völlige Unmöglichkeit“, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen“. Ziel mehr sind die Kölner Beschlüsse einseitig und im höchsten Grade geeignet, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Übergangszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu hindern und zu schwächen.
Die Volksbeauftragten sind deshalb gewiss, daß auch in Rheinland-Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten Deutschen Reichs und ihre provisorischen politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Versplitterungsversuche offener oder versteckter Art zu vereinen und dementsprechend zu handeln.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Berliner Volksrat beschloß die Entwaflung der Fronttruppen in Berlin insoweit, als diesen die Munition abgenommen werden soll, da angeblich manche Formationen 80 000 Schuß pro Maschinengewehr mitgebracht hätten.

Mit einer Neuordnung des Mannschaftsversorgungsgesetzes und des Rentenfestsetzungsverfahrens ist die Regierung augenblicklich eingehend beschäftigt. Es spricht das den Erklärungen, die der Volksbeauftragte Ebert den in Berlin eingetroffenen Truppen gegeben hat.

Vom 1. Januar 1919 ab wird eine Zulage an Altersrentenempfänger in monatlicher Höhe von 8 Mark gewährt. Sie kann in dem einfachen Verfahren, das für die Gewährung der Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente vorgelegen ist, erhoben werden. Die Zulage ist zunächst nur für die Zeit bis zum 31. Dezember 1919 in Aussicht genommen.

Hinsichtlich der geplanten Sozialisierung von Betrieben ist die mit dieser Materie betraute Kommission zu der Ansicht gekommen, daß in erster Linie jene Betriebe in Betracht kommen, in denen sich kapitalistisch-monopolistische Gewerkschaftsverhältnisse herausgebildet haben, also Kohle und Eisen, vielleicht auch Versicherungswesen und Hypothekendarlehen. Auf landwirtschaftlichem Gebiet soll in die Verhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung nicht eingegriffen werden. Dem Zugriff vorbehalten bleiben aber die Latifundien und die großen Forste. Die bisherigen Besitzer aller der Betriebe sollen durch Abfindungsrenten entschädigt werden.

Die neue Linie unseres Westheeres verläuft jetzt folgendermaßen: Osnabrück, Lemgo, Blomberg, Fritzlar, Hersfeld, Völkheim, Würzburg, Mergentheim, Heilbronn, Neustadt, Wülfelsdorf nördlich Konstanz. Eine auf das Ufer der Bodenseerähe in Köln vorgeschobene Feldwache wurde auf Einspruch der dort stehenden deutschen Wache auf das westliche Rheinufer zurückgezogen. Mit Köln besteht keine Fernsprechverbindung mehr.

Mit einer neuerlichen Erhöhung der Eisenbahntarife ist zu rechnen, da das Jahr 1918 voraussichtlich bei den preußisch-hessischen Bahnen einen Fehlbetrag von 1 1/2 Milliarden ergeben wird. Man denkt an einen Zuschlag bis zu 60% bei dem Güterverkehr. Beim Personenverkehr ist eine durchschnittliche Erhöhung von etwa 25% geplant, und zwar in Form einer Staffelung. Danach soll der Zuschlag betragen in der ersten Klasse 20%, in der zweiten Klasse 25%, in der dritten Klasse 35%, in der vierten Klasse 45%. Bezieht sich das finanzielle Ergebnis wieder, so sollen die Zuschläge ermäßigt oder ganz beseitigt werden.

Schweiz.

Die Blätter befürchten ein Übergreifen des deutschen „Nochmals“ auf die Schweiz. Wie der „Bund“ zu melden weiß, traf vor einigen Tagen ein Kurier des Stuttgarter NSR in Zürich ein, der abgefahren werden konnte, bevor er seinen Plan auszuführen vermochte. Er hatte zahlreiche Broschüren Liebknechts bei sich. Der Herr, der mit einem Haß von fünfzigjähriger Gültigkeit gereift war, wurde jedenfalls ohne weiteres wieder über die Grenze geworfen. Einmal mehr befinden sich die Akten in Bern. Bis zum Eintreffen der Entscheidung wird er in Haft gehalten werden.

Großbritannien.

Unter den Spinnerarbeitern in der Gegend von Manchester ist ein armer Streik ausgebrochen. Berichte

belegen, daß 100 000 Textilarbeiter im Lancashire-Distrikt die Arbeit niedergelegt haben, weil eine Einigung mit den Arbeitgebern über ihre neuen Lohnforderungen in Höhe von 43% ihres bisherigen Verdienstes nicht möglich war. Nur bei einigen Firmen, die die Forderungen bewilligten, wurde die Arbeit nicht niedergelegt. Die vorhandenen Rohmaterialien sind sehr beschränkt, so daß die Zahl der Arbeitslosen wahrscheinlich bald 200 000 Mann erreicht haben wird. Die Arbeitgeberverbände besitzen jeder einen Reservefonds von 1/2 Million Pfund Sterling, der genügen würde, den Streik 6 Monate durchzuhalten.

Holland.

Der Ministerpräsident gab über die Stellung der Regierung zu Wilhelm II. nähere Auskunft. Er sagte, nach dem Thronverzicht des Kaisers könne von einer Intervention desselben keine Rede sein. Ein etwaiger formeller Antrag nach Auslieferung würde den Gesetzen nach geprüft werden. Es ist eher möglich, daß sich fremde Regierungen mit Holland in Verbindung setzen, zur Anweisung eines neuen Aufenthaltsortes für den Kaiser. Die Regierung wäre nicht abgeneigt, dem zuzustimmen, falls Holland bei den Besprechungen dieses Planes eine Stimme erhält, die mit der Ehre und Würde des Landes in Übereinstimmung steht.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 11. Dez. Die Reichsleitung trägt sich mit der Absicht, ein Volksheer zu bilden, das an die Stelle des früheren stehenden Heeres treten soll. Erhältliche Weisungen über den Umfang der Wehr sind jedoch nicht gefaßt worden.

Berlin, 11. Dez. In der Sitzung des Volksrats wurde auch die Zurückweisung der russischen Delegation für die Reichskonferenz der NSR durch die Soldatenräte der Ostfront beschlossen. Der Volksrat beschloß, daß die ergangene Einladung nicht mehr aufrechterhalten wird.

Berlin, 11. Dez. Die Seeresgruppe Raden hat Befehl, den Rückmarsch mit der Bahn und zu Fuß fortzusetzen. Eine Reihe weiterer Formationen der Seeresgruppe ist in Deutschland eingetroffen.

Danzig, 11. Dez. In letzter Nacht versuchten englische Offiziere von deutschen Wachtposten Karabiner zu erlangen, angeblich als Andenken an Danzig. Englische Matrosen stahlen dem Magistrat gehörige Rettungsgürtel.

Leipzig, 11. Dez. Die Delegierten der NSR Leipzig haben sich in einer Erklärung gegen die Wahlen zur Nationalversammlung ausgesprochen, solange nicht die wirtschaftliche Gleichstellung aller Volksgenossen erreicht ist.

München, 11. Dez. Der ehemalige Reichskanzler Graf Hertling wird in den nächsten Tagen mit einer ausführlichen Rechtfertigung seiner Politik vor die Öffentlichkeit treten.

Brandenburg, 11. Dez. Geheimrat Kommerzienrat August Wendt hatte seinen ganzen Betrieb zur Sozialisierung seiner Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt. Die Arbeiter haben aber beschlossen, dieses Angebot abzulehnen, weil sie die herabgehende Konjunktur befürchten, und es für besser halten, wenn das Unternehmen in starker Hand bleibt.

Konstanz, 11. Dez. Der Konstanz NSR hat den Vertrieb der bürgerlichen Presse in den Kasernen verboten.

Frankreich gegen den Achtstundentag.

Die französische Diktatur im Saarrevier.

Frankfurt a. M., 11. Dezember.

Nach Meldungen aus dem Saarrevier hat die dortige französische Besatzung den Achtstundentag für Bergarbeiter aufgehoben, mit der Begründung, daß sowohl in Frankreich wie in Deutschland Kohlennot herrsche, namentlich aber, weil die französischen Bergarbeiter auch 10 Stunden arbeiten müßten. Auf den Einwand, daß in der Pfalz die Achtstundenschicht bereits eingeführt sei, erwiderte der französische Befehlshaber, daß sie abgeschafft würde, sobald die Franzosen in der Pfalz eingerückt seien. Er könne die Achtstundenschicht nicht einmal in Aussicht stellen, wenn jedoch die Bergleute Kohlen lieferten, würde auch die Versorgung mit Lebensmitteln für die Bergleute gut werden. — Umgekehrt verlangen die Gewerkschaften in Paris die sofortige Einführung des Achtstundentages.

Reichsfinanzen und Steuerpolitik.

Eine Rede des Staatssekretärs Schiffer.

Vor den Angehörigen des deutschen Industrie- und Handelstages hielt der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Schiffer, einen Vortrag über das Thema: „Deutschlands Finanz- und Steuerpolitik“. Der Redner stellte zunächst fest, daß

unser Finanzlage unüberschaubar

ist. Man hat vergeblich versucht, einen Überblick über den Steuerbedarf des Reichs zu gewinnen. Im Frühjahr ist berechnet worden, daß der Steuerbedarf des Reichs, der Einzelstaaten und Gemeinden etwa 19 Milliarden betrage (etwa 14 Milliarden mehr als im Frieden). Davon entfallen auf das Reich 14 Milliarden. Nun aber sind die Berechnungen hinfällig geworden, weil wir erstens noch nicht die Forderungen unserer Feinde und zweitens nicht den Umfang des neuen Reichs kennen.

Alles ist unsicher.

Sicher ist nur der Ruin, wenn es so weiter geht, wie es

jetzt getrieben wird; denn wenn das Wirtschaftswesen erschlagen wird, so ist der Ausfall des Steuerwesens eine glatte Unmöglichkeit. Gegenwärtig verläßt die Arbeit, die allein die Werte schafft, und damit auch der Kredit im Ausland, darauf, daß der Bankkredit gesichert und die Annahme deutscher Wechsel verweigert wird. Wir müssen schleunigst Ruhe und Ordnung, Recht und Gesetz schaffen, dann ist Hoffnung auf Genesung, denn Deutschlands Volkswirtschaft kann über jede Steuer hinwegkommen. Surchzeit können neue Steuererlässe nicht erlassen werden. Nur

ein neues Kriegsgeldgesetz

wird die großen Kriegsgewinne reiflos erfassen, die kleinen Ersparnisse indessen schonen. Daneben wird eine starke Vermögensabgabe kommen, die sich nach der Verschiedenheit der Objekte, sowie nach dem Alter und der Arbeitsfähigkeit der Verpflichteten richten wird. Wahrscheinlich wird dabei die Zahlung in Kriegsanleihe zur Pflicht gemacht werden, wie denn auch bei der Steuerzahlung die Kriegsanleihe eine große Rolle spielen wird. Redner erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit der Anpassung der Einkommens- und Vermögensabgabe, den Ausbau der Einkommens- und Erbschaftsteuer, sowie die Einführung einer Reichseinkommensteuer. Im Zusammenhang damit steht der Ausbau der Erbschaftsteuer, die Neuordnung der Betriebssteuer und die Schaffung einer Kapitalrentensteuer. Eine

Erhöhung der indirekten Steuern

ist natürlich nicht zu vermeiden. In Frage kommt zunächst der Tabak und zwar ist geplant die Zigarettensteuer abzuändern. Weiter wird die Budersteuer erhöht, ebenso die Grundbesitzsteuer, die zugleich vereinfacht werden soll. Vor allem aber soll die Umsatzsteuer (besonders auf Luxusgegenstände) wesentlich erhöht werden. Aber alle Steuern werden zur Tragung der Lasten nicht ausreichen. Dazu ist vielmehr eine unmittelbare

Beteiligung des Reichs am Wirtschaftsleben

notwendig. Die Sozialisierung und Monopolisierung wirtschaftlicher Betriebe werden, wobei an eine Beschlagnahme ohne Entschädigung nicht gedacht wird. Als Monopole kommen wahrscheinlich in Frage Versicherungswesen, Wasserkräfte, Teile der elektrischen Versorgung. Hier und da wird man auch gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen bilden, d. h. Syndikate und Kartelle, an deren Reingewinn das Reich beteiligt ist.

Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Staatssekretär darauf hin, daß es im Interesse unserer Feinde läge, uns nicht zu vernichten, denn nur ein Schuldner, der die Kraft habe, sich zu erheben, könne etwas leisten. Auch unsere Feinde müssen schließlich einsehen, daß der Sieg auch dem Sieger Pflichten auferlegt.

Gefährliche Lösungsbestrebungen.

Eingreifen der preussischen Regierung.

Die aus West und Ost immer drohender werdende Gefahr, daß sich wichtige und weite Gebiete vom Deutschen Reich abtrennen wollen, ist in den letzten Tagen unverkennbar bedeutend gewachsen. Aus diesem Grunde nimmt nun auch die preussische Regierung öffentlich diese Stellung:

Berlin, 11. Dezember.

Die preussische Regierung weist darauf hin, daß Abtrennungsbestrebungen das Gemeinwohl gefährden und deshalb mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden müssen. Dies gilt insbesondere auch für diejenigen gemischt-sprachigen Landesteile Preussens, über deren staatliche Zugehörigkeit erst durch den Friedensvertrag Bestimmung getroffen werden wird. Im übrigen wird über die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preussens durch die Nationalversammlung entschieden werden.

Was in Paris und London getrieben wird, ist lediglich vom Haß gegen Deutschland diktiert, und es wird höchste Zeit, daß diesem auf den Untergang Deutschlands gerichteten Treiben irgendwie ein Ende bereitet wird. In dieser Hoffnung wird man obige Äußerungen mit Genugtuung begrüßen dürfen. Wie weiter verläuft, wird Amerika auch niemals der Annexion des linken Rheinufers durch Frankreich zustimmen.

Die eigentliche Friedenskonferenz.

Nach Schweizer Meldungen aus Paris soll nun die eigentliche Friedenskonferenz doch in Versailles und nicht in Paris zusammentreten. Der große Versailler Kongresssaal wird bereits für die Konferenz hergerichtet. Über den Gang der Verhandlungen verläutet, daß die Verbündeten zunächst in der zweiten Dezemberhälfte nochmals zu einer Vorberatung über die Friedensbedingungen in Paris zusammentreten. Die eigentlichen Friedenskonferenzen beginnen dann im Januar, und zwar wollen die Verbündeten zunächst unter sich die Bedingungen aufstellen, und sie erst dann den feindlichen Vertretern vorlegen.

Außerziehung von Kurpfalz?

Aus Karlsruhe kommt eine als zuverlässig bezeichnete Mitteilung, daß sich im nördlichen Teile Badens Bestrebungen bemerkbar machen, die auf nichts Geringeres

hinauslaufen, als auf eine Verkrüppelung des durch die Verfassung im Jahre 1818 festgelegten Grundgesetzes der Unteilbarkeit und Unverletzlichkeit Badens in allen seinen Teilen. Es handelt sich um die Abtrennung des ehemals kurpfälzischen Gebietes des Landes. Wie verfahren wird, sollen Rechte am Werke sein, die sich um eine Wiedervereinigung aller ehemaligen Gebiete der Kurpfalz bemühen. Ein Bürgermeister einer badischen Mittelstadt soll dieser Aufgabe mit besonderem Eifer durch Anfertigung und Verlesung von Rundschreiben, sich gewidmet haben.

Auflösung der belgischen KZM.

Der belgische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat hat sich freiwillig aufgelöst. An seiner Stelle wird ein Volksrat zur Republik Belgien gebildet. Dieser Volksrat stützt sich auf alle Bevölkerungsklassen der Republik Belgien, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen. Es wird angenommen, daß die Auflösung mit der bekannten Forderung der Entente, alle KZM abzuschaffen, da man sonst nicht in Friedensverhandlungen mit Deutschland eintreten könne, zusammenhängt.

Deutsch-tschechisches Handelsabkommen.

Gegenseitige Lieferung von Nahrungs- und Verbrauchsmitteln
Prag, 11. Dezember.

Zwischen der deutschen und der tschechisch-slowakischen Regierung ist eine provisorische Vereinbarung über eine Reihe dringender Fragen getroffen worden, die zunächst bis zum Abschluß des Friedens Geltung haben soll. Die Hauptbestimmungen lauten:

Nach den Vereinbarungen liefert Deutschland der tschechisch-slowakischen Republik monatlich 10.000 Tonnen Steinkohle und 10.000 Tonnen Holz, wovon mindestens 7.000 Tonnen in Steinkohle geliefert werden sollen. Die Regierung der tschechisch-slowakischen Republik stellt dafür monatlich 70.000 Tonnen Braunkohle Deutschland zur Verfügung. Die tschechisch-slowakische Republik wird die Ausfuhr von mindestens 50 Tonnen Rapsöl und 50 Tonnen Rapskörnern nach Deutschland gestatten. Somit zur Ausfuhr verfügbare Mengen getrockneter Obstes vorhanden sind, will die tschechisch-slowakische Republik der Ausfuhr nach Deutschland kein Hindernis in den Weg legen. Ebenso kann nach Deutschland Kaffee, Granit, Grubenholz, Rohholzgüter geliefert werden, ferner werden monatlich 25 Waggons Datteln für Deutschland freigegeben.

Die deutsche Regierung gibt dafür Maschinen und Maschinenteile zur Ausfuhr nach Böhmen frei, die vor dem 18. Mai d. J. bestellt und bezahlt worden sind. Für deutsche Lieferungsleistungen wird umgekehrt die gleiche Freigabe erfolgen. Ferner ist Deutschland bereit, möglichst große Mengen von Chemikalien abzugeben, dann auch Kautschuk zur Freigabe, weiter Karbid, Zink und Aluminium nach Möglichkeit.

Beide Regierungen sind bereit, in ihrem Gebiete liegende Schiffe des anderen Teiles samt ihren Ladungen freizugeben. Soweit im Gebiete des einen Teiles Waren des anderen Teiles beschlagnahmt sind, soll ihre Freigabe unverzüglich erfolgen. Der Eisenbahnverkehr soll unter Zuhilfenahme gegenseitigen Wohlwollens demnachst geregelt werden. Durchfuhranträge werden wohlwollend und schnell geprüft und erledigt. Jedenfalls soll die Durchfuhr von Kohle, Holz und Brennstoffen wechselseitig frei sein.

Schwere Gegensätze bei der Entente.

Wilson und der Imperialismus.

Der bekannte Freund und Berater Wilsons, Oberst House, der wohl als zuverlässige Quelle gelten darf, läßt sich über die kommende Neuordnung in Europa von den Frieden folgendermaßen aus:

Wilson's Programm besteht darin, die amerikanische Stimme durch seinen Einfluß den liberalen völkerfreundlichen Strömungen innerhalb der Entente zur Verfügung zu stellen. Daß in London und Paris radikale und imperialistische Tendenzen im Kampfe miteinander liegen, ist kein Geheimnis. Wir hoffen, daß unsere militärische Macht genügen wird, um der Vernunft die Oberhand zu sichern. Die verbreiteten Gerüchte, denen zufolge die Länder in den Besprechungen der letzten Tage einen englisch-französisch-italienischen Oppositionsblock gegen

Wilson zustande gebracht hätten, erscheinen mir vollständig aus der Luft gegriffen. Amerika würde an einem Gewaltfrieden im alten Stil, etwa in der Form des Friedens von Breslau nicht teilnehmen. Amerika würde ihn nicht unterzeichnen und einen moralischen Protest erheben, und der Liberalismus der ganzen Welt würde sich einem solchen Protest anschließen.

Die Regierung hat demzufolge alle preussischen Behörden angewiesen, sich unweigerlich nach den obigen Vorschriften zu richten, allen zuwiderlaufenden Eingriffen unmissverständlich entgegenzutreten und sofort Meldung nach Berlin zu erstatten.

Verschiedene Meldungen.

Basel, 11. Dez. Wie aus Strassburg gemeldet wird, wurde Polnars auf einem Spaziergange durch die Stadt von mehr als zehntausend Menschen begleitet. Am Bahnhof wurden sie begeistert gefeiert.

Washington, 11. Dez. Amerika hat eine Mitteilung nach Berlin und Wien gerichtet, daß die Vereinigten Staaten keine Rote mehr zu erhalten wünschen. Alle Mitteilungen müßten an alle Alliierten zugleich gerichtet werden.

Sambura, 11. Dez. Die englischen Torpedobootzerstörer „F 14“, „Venitia“, „F 16“, „Verdun“ trafen in Cuxhaven ein.

Basel, 11. Dez. Unmittelbar nach Abschluß des Friedens soll zwischen den Alliierten und den Mittelmächten eine internationale Weltkonferenz sämtlicher Mächte, auch der neutralen, einberufen werden zum Zwecke des Anschlusses an den Völkerbund.

Beleidigungen unserer Unterhändler.

Geradezu skandalöses Verhalten der Belgier.

Brüssel, 11. Dezember.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat eine höchst energische Protestnote an die Entente gerichtet über die unerhörten Übergriffe, die sich die Belgier aufzuladen kommen lassen. Etwa 80 höhere Beamte wurden in Brüssel in zwei Kasernen untergebracht, ohne Betten zusammengepfercht. Auf der Straße wurden sie von Schulkinder und Soldaten mit dem Ruf beschimpft: „Ihr deutschen Schweine, seid ihr da? Euch müßte man lappt machen!“ Ein Schandmann rief: „Blas für die schmutzigen Böden, nach Paris damit!“ Außer einem warmen Mittagessen gibt es keinen, auch kein Brot. Deutsche Rote zu 50 Mark werden nirgendwo angenommen. Deutschland hat um Befreiung der näher bezeichneten der Schuldigen gebeten.

Die Entente gegen Italien.

Niederholung der italienischen Kriegslage.

Wien, 11. Dezember.

In Pola ist eine Flotte französischer, englischer, amerikanischer und japanischer Kriegsschiffe eingelaufen unter Führung eines amerikanischen Admirals. Dieser erkundigte sich, warum die südlawischen Kriegsschiffe bloß die italienische Flagge und nicht auch die Flaggen sämtlicher Verbündeten führen. Auch in anderer Hinsicht wollen die Italiener keineswegs die Rechte der befreiten Südlawen achten. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den italienischen Befehlshabern war folgendes:

Auf den südlawischen Kriegsschiffen, einschließlich der großen Panzerkreuzer „Tegetthoff“ und „Graz“ und auf sechs mit Kriegsmaterial beladenen südlawischen Schiffen, welche von den Italienern in italienische Häfen geschleppt waren und nunmehr nach Pola zurückfahren mußten, wurde die amerikanische Flagge gehißt. Das Admiralschiff „Tacoma“ führt nur die südlawische Trikolore.

Das Kommando in Pola übernimmt der amerikanische Admiral, da die Vereinigten Staaten im Mittelmeer am wenigsten interessiert sind und den Londoner Pakt nicht unterzeichnet haben. Dies Verfahren ist zweifellos eine schwere Kränkung der Italiener durch ihre Bundesgenossen und dürfte in Rom peinlich empfunden werden.

Verräter am Hofe Kaiser Karls.

Enttaltungen Czernins.

Wien, 11. Dezember.

Der frühere österreichische Außenminister hat sich entschlossen, für das künftige Abgeordnetenhaus zu kandidieren. Vorher wird er mit Aufsehen erregenden Enttaltungen vor die Öffentlichkeit treten. Schon jetzt weist er darauf hin, daß in der Umgebung des früheren Kaisers Karl Personen waren, die auf ehrlosen Verrat an Deutschland sann, was er und Tisza nicht mitmachen wollten. Auch wird er mitteilen, warum er sich nach den Enttaltungen des Sigismund-Briefes zurückzog, und daß nicht die geringste Sensation in seiner Rede sein. Endlich weist Czernin nochmals darauf hin, daß er im Herbst 1917 Hindenburg und Ludendorff erklärt habe, Deutsch-Österreich stehe nicht vor dem Zusammenbruch, und daß ihm darauf erwidert wurde, falls Österreich einen Sonderfrieden suche, werde Deutschland gezwungen sein, sich dem mittels Gewalt zu widersetzen.

Westdeutsche Räte.

(Von einem gelehrigen Mitarbeiter.)

Ernangel und Arbeitslosigkeit. — Schwer- und Kleinmetallindustrie. — Gegenstände. — Das Trugbild einer westdeutschen Republik. — Der Ruf nach Ordnung, Brot und Arbeit.

1. Hagen i. W., im Dezember.

Die Empfindlichkeit unseres Wirtschaftslebens und das im Zeitalter des neu betonten Klassenkampfes trotzdem eng verflochtene Interesse von großer Politik und Wirtschaftspolitik, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, wird am deutlichsten und schroffsten in den Sagen alter Industrie offenbart. Wenn, um nur ein Beispiel anzuführen, im westlichen Industriegebiet der Gegner der Weberbezirke von Aresfeld und das Industriegebiet von Düsseldorf beleuchtet hält, vor den Toren Solingen und Remscheid steht und Dortmund, Bochum und Essen, die Hochburgen unserer Kohlen- und Stahlerzeugung, Hagen, Herlohn und Lünen, die Hauptorte der Kleinmetallindustrie mit einer hoch qualifizierten, bodenständigen Arbeiterschaft bedroht, so genügt das allein, um die industrielle Entwicklung lahmzulegen.

Der ganze nicht belebte industrielle deutsche Westen ist trotz aller Anstrengungen einzelner, trotz oft und gerade im Kampfe auf dem Weltwirtschaftsmarkt bewiesener Tatkraft einfach nicht in der Lage, unter den gegenwärtigen Umständen den Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vorzunehmen, ohne daß gerade die Arbeitermassen darunter litten. Denn es fehlt an allen Orten. Die Kohlerzeugung ist, einmal, weil als Ersatz für die Kriegsgefangenen heimgekehrte Feldgrube noch nicht in genügender Anzahl eingestellt werden konnten, in manchen Bergamtsbezirken um über 100.000 Tonnen täglich gesunken. Dazu tritt der Mangel an Erzen. In den rheinisch-westfälischen Hochöfen wurde durchschnittlich 80 % lothringisches Erz verhäutet. Das fehlt, ebenso wie das spanische und schwedische. Und das bedeutet: Stilllegung der Werke, Streiks, Einrückung des Heindes. Schon zeigen die Ziffern der Arbeitslosen. Die Ruhrpottwerke entlassen allein 80.000 Mann. Ausgesagt dürfen, wenn nicht bald irgendwelche Sicherungen für die Aufrechterhaltung der Industrie geboten werden, die jetzt knapp hunderttausend Arbeitslose ein grollendes Halbmillionsheer werden, eine auf engem Raum zusammengedrängte, verzweifelte, hungernde Menschenmasse. Mehr als von Berlin hängt die künftige Entwicklung Deutschlands vielleicht von der Lage in den großen Industriezentren ab. Haben die in Solingen und Bochum, Remscheid und Dortmund mit Hochdruck arbeitenden Spartakusleute erst durch die allgemeine Notlage ein Meer Verzweifelter gewonnen, dann schwemmt die Sturmflut alles das hinweg, was Generationen von Arbeiter- und Arbeitgeberfamilien mühsam aufbauten.

Noch ist es nicht so weit, und eine nicht mit Schlagworten arbeitende Regierung vermag sehr wohl das

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

27) Nachdruck verboten.

Sie streckte die Arme wie in wilder Sehnsucht nach sich.

„Dann suchst du vielleicht eines Tages Trost in meinen Armen, Rainer — dann will ich dich beglücken, mit der ganzen leidenschaftlichen Hingabe, die ich für dich empfinde. Ich kann diese Hoffnung nicht aufgeben, nur sie wird mich das Leben ertragen lassen.“

Ihre Augen glühten auf, und ihr leidenschaftlicher Charakter verließ sich mehr und mehr in den heißen Wunsch, Rainers Liebe trotz allem zu erringen, oder ihn doch wenigstens seiner künftigen Gattin zu entreißen.

Und wehe Josta von Waldow, daß sie sich zwischen sie und Rainer gedrängt hatte! Das würde einen Kampf geben bis zur völligen Niederlage der gehassten Nebenbuhlerin.

Gräfin Gerlinde's mildes Gesicht belebte sich bei diesem Gedanken und bekam einen wilden, grausamen Ausdruck. So verging ihr der Vormittag.

Gegen elf Uhr schickte Graf Rainer einen Diener herüber und ließ sich nach ihrem Befinden erkundigen. Sie ließ ihm sagen, sie sei wieder leidlich wohl und würde ihm beim Diner Gesellschaft leisten.

Gewöhnlich sahen sich Graf Rainer und Gräfin Gerlinde erst beim Diner. Am Vormittag war der Graf stark beschäftigt, ritt in den Park oder auf die Felder, hatte geschäftliche Konferenzen und frühstückte stets allein. Er war an eine rege Tätigkeit gewöhnt und liebte die Arbeit um ihrer selbst willen.

Gräfin Gerlinde war auch den ganzen Vormittag beschäftigt, aber auf andere Weise. Stundenlang hatte sie mit der Pflege ihrer Schönheit zu tun. Bäder, Maniküre, Körpermassage, Gesichtsmassage und allerlei Training, um die zur Hülle neigende Gestalt schlank zu erhalten, nahmen ihre Zeit und die ihrer Joste in Anspruch.

Nachdem sie diese Pflichten gegen ihre Schönheit erfüllt hatte, ruhte sie meist ein Stündchen bei einer leichteren, erheiterten Lektüre, und daran schloß sich ein kurzer Spaziergang, bis es Zeit war, zum Diner Solleite zu machen.

Im Wettren fand die Gräfin wenig Befallen. Sie gehörte zu den Schönheiten, die nur in der Ruhe wirkten. Wenn sie erschauert war, sah sie unvorteilhaft aus, und deshalb liebte sie den Reitsport nicht, trotzdem es sie oft lockte, Graf Rainer auf einem Spazierritt zu begleiten.

So traf sie auch heute erst beim Diner mit dem Grafen zusammen. Er sah mit Bedauern, wie bleich sie war, und wie matt ihre Augen blühten. Dabei erschien sie ihm aber fast noch schöner als sonst, und er mußte sie bewundern. Mitleidig fragte er sie nach ihrem Befinden. Sie gab ihm freundlich Auskunft mit ihrem alten, sanften Lächeln. Er hatte am liebsten sofort mit ihr über ihre Umstellung nach dem Wintereinbruch gesprochen; aber seiner vornehmen, ritterlichen Natur war es schwer, ihr wehe tun zu müssen. So verschob er es noch, bis sie wieder völlig erholt sein würde.

„Ich freue mich, daß dein Kopfschmerz vorüber ist, Gerlinde“, sagte er herzlich.

Sie lächelte ihm zu.

Es war sehr arg, Rainer, so arg, daß ich kaum wußte, was ich sprach. Was müßt du nur gestern für eine schlechte Meinung von mir bekommen haben! Schon den ganzen Tag hatte ich mich mit einem heftigen Unwohlsein geplagt, aber ich wollte dich nicht merken lassen und glaubte, mich bezwingen zu können. Die Baronin Wittberg war zum Tee bei mir und redete mir so sehr zu, daß ich die Trauerkleider ablegen sollte. Ich tat es dann auch, fühlte mich aber dabei recht schlecht. Und dann — sie lächelte schelmisch und nur sie allein wußte, was sie dies Lächeln lockte — dann brachtest du mir auch noch eine so aufregende Nachricht nachhause. Es wurden so viel trübe Gedanken in mir wach, Erinnerungen an vergangene Zeiten — und da streikten meine Nerven jämmerlich. Ich hab' mich geschämt, aber es half nichts. Du mußt mir verzeihen. Ich habe auch in der Nacht sehr schlecht geschlafen.“

„Arme Gerlinde. Wenn ich das geahnt hätte, dann hätte ich sicher meine Mitteilung bis heute verschoben. Ich muß dich um Verzeihung bitten.“

Sie schüttelte lächelnd den Kopf.

„D nein — was denkst du! Ich hätte es sehr

übel genommen, wenn du mir diese Nachricht erst heute gebracht hättest. Ich habe doch als deine beste, treueste Freundin ein Anrecht, zu wissen, welche Veränderung in deinem Leben bevorsteht.“

Arglos und erfreut küßte er ihr die Hand und fand, wie schon oft, daß sie eine sehr charmante Frau sei.

„Es ist so freundlich von dir, Gerlinde, daß du so regen Anteil an meinem Geschick nimmst.“

Sie atmete tief auf. Es wurde ihr zu eng in der Brust.

„Ja, das tue ich, Rainer. Das macht — du bist mir so viel geworden in diesem einsamen Trauerjahr. Ich habe deine Freundschaft wie etwas Kostliches empfunden und bin dir so dankbar dafür. Aber gerade, weil du mir so viel geworden bist, war mir gestern zumute als müßte ich dich warnen vor einem vorzeitigen Schritt. Ich war eben nervös, und dann sehe ich alles grau in grau oder gar in schwarzen Farben. Hast glaube ich, daß ich dir nicht einmal Glück gewünscht habe zu deiner Verlobung, wenn ich nicht mit Worten. Im Herzen habe ich es sicher getan. Jetzt will ich es auch mit Worten tun. Hier meine Hand. Rainer — Gott schenke dir das Glück — das ich für dich erwünsche.“

Er küßte ihr die Hand. Wenn Gerlinde wirklich durch seine Verlobung vor manch Opfer gestellt wurde, so fand sie sich, wie er vorausgesehen hatte, großherzig damit ab.

„Ich danke dir, teure Gerlinde.“

Sie nickte ihm lächelnd zu.

„Und natürlich nehme ich an der Verlobungsfeier teil. Das ist ja selbstverständlich. Ich muß mir doch deine Braut sobald als möglich ansehen!“ fuhr sie fort.

„Josta wird sich sehr freuen.“

„D, wir müssen auch gute Freundinnen werden, deine Braut und ich. Und ich freue mich schon, wenn sie erst in Remberg sein wird. Nicht wahr, ihr laßt mich einsam? Frau ein wenig teilnehmen an eurem Glück? Und wenn du durch deine Geschäfte in Anspruch genommen sein wirst, dann werden wir beiden Frauen und die Zeit vertreiben.“

Fortsetzung folgt.